



Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016

PRÜFUNGSBERICHT

Körperschaftsvermögen der
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Oldenburg

Inhaltsverzeichnis

1	Prüfungsauftrag	1
2	Durchführung der Prüfung	2
2.1	Gegenstand der Prüfung	2
2.2	Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	2
3	Feststellungen zur Rechnungslegung	4
3.1	Buchführung und zugehörige Unterlagen	4
3.2	Jahresabschluss	4
4	Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	5
5	Bestätigungsvermerk	7

Anlagenverzeichnis

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016	1
Bilanz zum 31. Dezember 2016	1.1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	1.2
Anhang für das Geschäftsjahr 2016	1.3
Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	2
Allgemeine Auftragsbedingungen	3

Abkürzungsverzeichnis

ForWind	ForWind GmbH, Oldenburg
HGB	Handelsgesetzbuch
HörTech	HörTech gGmbH, Oldenburg
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer e. V., Düsseldorf
LHO	Landeshaushaltsordnung
LRH	Niedersächsischer Landesrechnungshof, Hildesheim
MF	Niedersächsisches Finanzministerium, Hannover
MWK	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Hannover
NHG	Niedersächsisches Hochschulgesetz
Satzung	Satzung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg zur Bildung eines Körperschaftsvermögens
Schlaues Haus Oldenburg	Schlaues Haus Oldenburg gemeinnützige GmbH, Oldenburg
TGO	TGO Technologie- und Gründerzentrum Oldenburg GmbH, Oldenburg

An das Körperschaftsvermögen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg

1 Prüfungsauftrag

Die Hochschulleitung der

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg,

– im Folgenden auch kurz „Universität“ oder „Hochschule“ genannt –

hat uns mit Schreiben vom 16. Oktober 2017 den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 des Körperschaftsvermögens der Universität unter Einbeziehung der Buchführung zu prüfen.

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW Prüfungsstandards 450 erstellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Dem Auftrag liegen die als Anlage 3 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde. Unsere Haftung richtet sich nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

2 Durchführung der Prüfung

2.1 Gegenstand der Prüfung

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung des Körperschaftsvermögens der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg für das zum 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Hochschulleitung ist verantwortlich für

- die Buchführung,
- die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie
- die uns erteilten Aufklärungen und Nachweise.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben.

2.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und den vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Ziel unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist es sicherzustellen, dass die Aussagen im Jahresabschluss des Körperschaftsvermögens der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg eine verlässliche Basis für die Entscheidungen der Adressaten bilden.

Ausgangspunkt für unsere Prüfungsplanung war das Verständnis für das Geschäft unseres Mandanten sowie die Einschätzung der unternehmensspezifischen Risiken sowie der rechnungslegungsrelevanten Prozesse und Kontrollen des Körperschaftsvermögens. Wir haben unter Berücksichtigung des Wesentlichkeitsgrundsatzes die Auswirkungen auf den Jahresabschluss beurteilt und als Ergebnis folgende Schwerpunkte unserer Prüfung festgelegt:

- Ordnungsgemäße Buchung der Spenden und Zuschüsse Dritter,
- Werthaltigkeit der Finanzanlagen.

Das interne Kontrollsystem des Körperschaftsvermögens ist in seinem Umfang an die geringe Anzahl und Komplexität der Geschäftsvorfälle angepasst. Wir haben uns ausreichende Kenntnisse über die Abwicklung dieser Geschäftsvorfälle und über den Umgang der Hochschulleitung mit den Geschäftsrisiken verschafft.

Unsere Prüfungshandlungen umfassten im Wesentlichen stichprobenweise Einzelfallprüfungen sowie analytische Prüfungen von Abschlussposten. Wir haben auch eine Bestätigung des für das Körperschaftsvermögen tätigen Kreditinstituts eingeholt.

Abschließend haben wir eine Gesamtbeurteilung der Prüfungsergebnisse sowie des Jahresabschlusses vorgenommen. Aufgrund dieser Gesamtbeurteilung bildeten wir unser Prüfungsurteil, den Bestätigungsvermerk. Dieser ist neben dem Prüfungsbericht Bestandteil unserer Berichterstattung über die durchgeführte Prüfung.

Wir haben die Prüfung (mit Unterbrechungen) in den Monaten November 2017 bis Januar 2018 bis zum 10. Januar 2018 durchgeführt.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Hochschulleitung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.

3 Feststellungen zur Rechnungslegung

3.1 Buchführung und zugehörige Unterlagen

Die Bücher des Körperschaftsvermögens der Hochschule sind ordnungsmäßig geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die zugehörigen Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir festgestellt, dass die von der Hochschulleitung getroffenen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten zu gewährleisten.

3.2 Jahresabschluss

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den zugehörigen Unterlagen des Körperschaftsvermögens der Hochschule entwickelt worden. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind beachtet worden.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach § 3 Abs. 3 der Satzung unter entsprechender Anwendung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt. Der Anhang enthält alle vorgeschriebenen Angaben.

4 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Körperschaftsvermögens der Hochschule.

5 Bestätigungsvermerk

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An das Körperschaftsvermögen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung des Körperschaftsvermögens der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der Hochschulleitung der Universität. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Körperschaftsvermögens der Universität sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Hochschulleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Körperschaftsvermögens der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.



Hannover, den 10. Januar 2018

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

A handwritten signature in blue ink that reads "Beyer".

Beyer
Wirtschaftsprüfer

A handwritten signature in blue ink that reads "Bock".

Bock
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

Anlage 1

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016

1.1 Bilanz

1.2 Gewinn- und Verlustrechnung

1.3 Anhang

Körperschaftsvermögen der

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
Finanzanlagen		
Beteiligungen	254.750,00	254.750,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Sonstige Vermögensgegenstände	126.780,00	0,00
II. Guthaben bei Kreditinstituten	681.584,40	2.179.484,74
	808.364,40	2.179.484,74
	1.063.114,40	2.434.234,74

Passiva

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
Bilanzgewinn	837.119,14	63.567,38
B. Sonderposten für längerfristig gebundene Spenden	210.000,00	210.000,00
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	13.074,27	2.500,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.920,99	0,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Zuschussgebern	0,00	2.158.167,36
	2.920,99	2.158.167,36
	1.063.114,40	2.434.234,74

Körperschaftsvermögen der

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	2016		2015	
	EUR		EUR	
1. Erträge aus Spenden und Sponsoring	2.983.138,67		45.285,18	
2. Umsatzerlöse	13.597,00	2.996.735,67	16.288,00	61.573,18
3. Sachaufwand für den Lehr- und Forschungsbetrieb				
Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00		51.455,18	
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.223.633,91	2.223.633,91	23.678,39	75.133,57
– davon Weiterleitung von Spenden				
EUR 2.149.680,21 (i. Vj. EUR 1.531,00) –				
		773.101,76		-13.560,39
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		450,00		6.290,00
6. Jahresüberschuss (i. Vj. Jahresfehlbetrag)		773.551,76		-7.270,39
7. Gewinnvortrag		63.567,38		70.837,77
8. Bilanzgewinn		837.119,14		63.567,38

Carl von Ossietzky Universität
Oldenburg, Oldenburg
Körperschaftsvermögen
Anhang für das Geschäftsjahr 2016

1. Allgemeine Angaben

Der 14. Senat der Carl von Ossietzky Universität, Ammerländer Heerstr. 114-118, 26111 Oldenburg, hat auf seiner 21. Sitzung am 28. Februar 2001 die Satzung zur Bildung eines Körperschaftsvermögens gemäß § 50 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes beschlossen.

Das Körperschaftsvermögen besteht aus nichtstaatlichen Mitteln sowie aus den nicht mit staatlichen Mitteln erworbenen Gegenständen und dient der Erfüllung der Aufgaben der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Die Buchführung, Rechnungslegung, Bewertung und Bilanzierung richtet sich nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung in entsprechender Anwendung der handelsrechtlichen Vorschriften. Sie wird getrennt von der Buchführung des Landesbetriebs Carl von Ossietzky Universität Oldenburg geführt. Der Jahresabschluss besteht gemäß § 3 Abs. 3 der Satzung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg zur Bildung eines Körperschaftsvermögens aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang.

Zur Klarheit der Darstellung der Hochschule sind Posten hinzugefügt bzw. die Postenzeichnungen angepasst worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Im Berichtsjahr wurden die durch das Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BilRuG) geänderten handelsrechtlichen Vorschriften erstmalig angewendet. Dadurch ergibt sich eine geänderte Zuordnung von bisher bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesenen Erträgen zu den Umsatzerlösen (Erträge aus Einnahmen Neujahrsempfang). Die Vorjahreswerte sind entsprechend angepasst worden.

Die Geschäftsführung des Körperschaftsvermögens wurde durch das Präsidium der Carl von Ossietzky Universität wahrgenommen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Die Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten bilanziert.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zu Nominalwerten beziehungsweise zu Anschaffungskosten angesetzt. Einzelwertberichtigungen werden entsprechend der Wahrscheinlichkeit des Ausfalls gebildet.

Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nominalwerten bilanziert.

Eigenkapital

Das Eigenkapital wird ohne festgesetztes Kapital ausgewiesen, da eine entsprechende Festsetzung nicht erfolgte.

Rückstellungen

Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert.

3. Erläuterungen zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Anlagenspiegel

Die Aufgliederung und Entwicklung der Positionen des Anlagevermögens ist auf der Seite 3 dargestellt.

Entwicklung des Anlagevermögens (Bruttodarstellung)

	Anschaffungs- kosten	Kumulierte Abschrei- bungen	Buchwerte
	1.1.2016 = 31.12.2016	1.1.2016 = 31.12.2016	31.12.2016 = 31.12.2015
	EUR	EUR	EUR
Finanzanlagen			
Beteiligungen	254.750,00	0,00	254.750,00

Finanzanlagen (Beteiligungen)

Das Körperschaftsvermögen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg hielt zum Bilanzstichtag folgende Beteiligungen:

	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2015</u>
Schlaues Haus Oldenburg gGmbH, Oldenburg	210.000,00 €	210.000,00 €
ForWind GmbH, Oldenburg	20.000,00 €	20.000,00 €
HörTech gGmbH, Oldenburg	12.750,00 €	12.750,00 €
Wittbülten -Das Umweltzentrum gGmbH, Spiekeroog	6.000,00 €	6.000,00 €
TGO Technologie- und Gründerzentrum GmbH, Oldenburg	5.000,00 €	5.000,00 €
Stiftung Universitätsmedizin Nordwest, Oldenburg	<u>1.000,00 €</u>	<u>1.000,00 €</u>
	<u>254.750,00 €</u>	<u>254.750,00 €</u>

Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen wird eine 3-Zimmer Eigentumswohnung mit rund 100 qm am Philosophenweg 6 in 26121 Oldenburg ausgewiesen. Sie stammt aus der Erbschaft von Frau Almut Schulenberg. Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte Oldenburg/Cloppenburg hat den mittleren Preis für die Immobilie ermittelt. Dieser beträgt € 120.000,00 (nach Abzug von € 75.000,00 Renovierungsstau). Die Universität Oldenburg beabsichtigt die Immobilie zu veräußern. Ferner hat die Universität Bilder und Kunstdrucke im Wert von € 6.780,00 geerbt. Auch diese sollen veräußert werden.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen ferner zweifelhafte Forderungen in Höhe von € 51.000 resultierend aus der Erbschaft von Frau Schulenberg, die im vollen Umfang einzelwertberichtigt wurden.

Guthaben bei Kreditinstituten

Die ausgewiesenen Bankguthaben betreffen mit € 31.472,10 unter anderem das laufende Konto bei der Landessparkasse zu Oldenburg.

Die Konten aus der Erbschaft Schulenberg weisen insgesamt einen Betrag von € 650.112,30 aus.

Eigenkapital

Das Eigenkapital wird in einer Höhe von € 837.119,14 ausgewiesen und steht dem Körperschaftsvermögen vollständig zur Verfügung. Der Gewinnvortrag aus dem Vorjahr beträgt € 63.567,38.

Sonderposten für längerfristig gebundene Spenden

Der Sonderposten für längerfristig gebundene Spenden wurde in 2010 in Höhe der eingegangenen Beteiligung an der Schlaues Haus Oldenburg gGmbH aufwandswirksam gebildet.

Rückstellungen

Neben der Rückstellung für Jahresabschlussarbeiten in Höhe von € 2.200,00 wurde eine Rückstellung für ausstehende Rechnungen in Zusammenhang mit der Erbschaft Schulenberg gebildet. Diese beinhaltet Rechnungen im Zusammenhang mit dem Ableben von Frau Schulenberg.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr sämtlich eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und betreffen Rentenrückzahlungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber anderen Zuschussgebern wurden durch Beschluss des Präsidiums am 19. Januar 2016 in voller Höhe ausgeglichen und sämtliche Mittel der Stiftungsprofessur „Windenergiesysteme“ Prof. Kühn in den Landeshaushalt überführt.

Carl v. Ossietzky Universität Oldenburg
- Körperschaftsvermögen -

<u>Erträge</u>	<u>2016</u>	<u>2015</u>
Spenden	2.983.138,67 €	45.285,18 €
Umsatzerlöse	13.597,00 €	16.288,00 €
	<u>2.996.735,67 €</u>	<u>61.573,18 €</u>

In den Spenden ist in Höhe von T€ 2.158 die ertragswirksame Auflösung der Restmittel der Stiftungsprofessur "Windenergiesysteme" enthalten. Die vom Präsidium beschlossene Überführung in den Landeshaushalt ist als Weiterleitung von Spenden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Die über die bisherige Laufzeit erwirtschafteten Zinserträge in Höhe von T€ 11 wurden nicht übertragen.

Die übrigen Spenden entfallen auf die Erbschaft Schulenberg, insbesondere auf Bankkonten (T€ 650) und eine Eigentumswohnung (T€ 120).

Sachaufwand

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Aufwendungen für wissenschaftliche Dienstleistungen	0,00 €	51.455,18 €
	<u>0,00 €</u>	<u>51.455,18 €</u>

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Weiterleitung von Spenden	2.149.680,21 €	1.531,00 €
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	51.000,00 €	0,00 €
Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	9.252,28 €	16.299,92 €
Aufwendungen für sonstiges Personal	3.104,75 €	3.034,44 €
Aufwendungen für Jahresabschlussprüfung	2.200,00 €	2.693,03 €
Übrige Aufwendungen	8.396,67 €	120,00 €
	<u>2.223.633,91 €</u>	<u>23.678,39 €</u>

Die Aufwendungen aus der Weiterleitung von Spenden entfallen in Höhe von T€ 2.147 auf die an den Landeshaushalt der Universität übertragenen Mittel der Stiftungsprofessur "Windenergiesysteme".

4. Ergänzende Angaben

Angabe über Anteilsbesitz gem. § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz:	ForWind GmbH, Oldenburg
Höhe des Anteils in %:	80%
Höhe des Anteils in EUR:	20.000,00
Eigenkapital zum 31.12.2016	108.367,02
Ergebnis für das Geschäftsjahr 2016:	-3.516,97
Ergebnis Vorjahr:	-14.171,49

Name und Sitz:	HörTech gGmbH, Oldenburg
Höhe des Anteils in %:	51%
Höhe des Anteils in EUR:	12.750,00 €
Eigenkapital zum 31.12.2016	142.623,52 €
Ergebnis für das Geschäftsjahr 2016:	8.311,79 €
Ergebnis Vorjahr:	1.413,76 €

Name und Sitz:	Schlaues Haus Oldenburg gGmbH, Oldenburg
Höhe des Anteils in %:	70%
Höhe des Anteils in EUR:	210.000,00 €
Eigenkapital zum 31.12.2016	202.238,75 €
Ergebnis für das Geschäftsjahr 2016:	-5.719,51 €
Ergebnis Vorjahr:	-70.909,03 €

Name und Sitz:	Stiftung Universitätmedizin Nordwest
Höhe des Anteils in %:	50%
Höhe des Anteils in EUR:	1.000,00 €
Eigenkapital zum 31.12.2016	2.000,00 €
Ergebnis für das Geschäftsjahr 2016:	0,00 €
Ergebnis Vorjahr:	0,00 €

Organe

Mitglieder des Hochschulrates

- Herr Jörg Waskönig (Vorsitzender des Hochschulrats, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Oldenburg)
- Frau Edeltraud Glänzer (Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie)
- Herr Carsten Mühlenmeier (Ministerialdirigent im Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur)
- Prof. Dr. (a.D.) Sigrid Metz-Göckel (stellvertretende Vorsitzende des Hochschulrates Technische Universität Dortmund)
- Herr Markus Müller (Intendant des Mainzer Staatstheaters)
- Frau Prof. Dr. Dorothea Wagner (Karlsruher Institut für Technologie), ab 1. Juni 2016
- Herr Prof. Dr. Ferdi Schüth (Vizepräsident der DFG und Direktor am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung Mülheim), bis 31. Mai 2016
- Frau Prof. Karen Ellwanger (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Fakultät III, Institut für Materielle Kultur)

Mitglieder der Hochschulleitung

- Herr Prof. Dr. Dr. Hans Michael Piper (Präsident)
- Herr Jörg Stahlmann (Vizepräsident für Verwaltung und Finanzen)
- Herr Prof. Dr. Martin Holthaus (Vizepräsident für Forschung und Transfer)
- Frau Prof. Dr. Sabine Kyora (Vizepräsidentin für Studium, Lehre und Gleichstellung)
- Frau Prof. Dr. Esther Ruigendijk (Vizepräsidentin für Wissenschaftlichen Nachwuchs und Internationales)

Mitglieder des Senats

1. Frau Fuhrhop
2. Herr Klump
3. Herr Taeger
4. Frau Thiel
5. Herr Lienau
6. Herr Simon
7. Herr Micheril
8. Frau Mallon
9. Herr Hellmann
10. Herr Schütte
11. Frau Hermannsen
12. Frau Rihl
13. Herr Storey bis 31. März 2016
13. Herr Stahlhut ab 1. April 2016

Sonstige Pflichtangaben

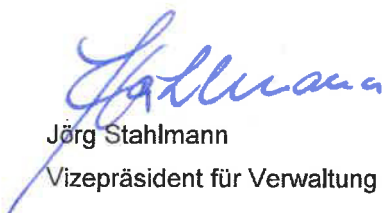
Das Honorar des Abschlussprüfers betrug in 2016 € 2.200,00 und betraf ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2016 nicht eingetreten.

Oldenburg, den 10. Januar 2018



Prof. Dr. Dr. Hans Michael Piper
Präsident



Jörg Stahlmann
Vizepräsident für Verwaltung und Finanzen

Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

Rechtsform	<p>Das Körperschaftsvermögen der Universität Oldenburg ist ein gemäß § 50 Abs. 2 NHG von der Hochschule vom Landesvermögen getrennt verwaltetes Vermögen.</p> <p>Es dient gemäß § 50 NHG i. V. m. § 2 der Satzung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg zur Bildung eines Körperschaftsvermögens der Erfüllung der Aufgaben der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Die Aufgaben der Universität sind gemäß § 3 Abs. 1 NHG i. V. m. § 3 der Grundordnung die Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung. Die Universität bereitet auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden erfordern.</p>
Rechtsaufsicht	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK)
Gründung	25. April 2001
Sitz	Oldenburg
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Verfassung	Die Rechtsverhältnisse des Körperschaftsvermögens der Universität Oldenburg bestimmen sich nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz und der Satzung vom 25. April 2001 (zuletzt geändert am 8. Februar 2005).
Organe	Die Organe des Körperschaftsvermögens stimmen mit den Organen der Universität Oldenburg überein. Nach § 36 NHG sind die zentralen Organe der Universität das Präsidium, der Hochschulrat und der Senat.
Finanzierung	<p>Einnahmen des Körperschaftsvermögens sind die Erträge des Vermögens und Zuwendungen Dritter an die Körperschaft. Zuwendungen Dritter fallen nicht in das Körperschaftsvermögen, wenn der Zuwendungsgeber dies ausgeschlossen hat oder die Zuwendungen zur Finanzierung von Forschungsvorhaben im Sinne des § 22 NHG gewährt werden.</p> <p>Gemäß § 50 Abs. 2 NHG i. V. m. § 3 Abs. 4 der Satzung stellt die Hochschulleitung für jedes Geschäftsjahr einen nach Erfolgs- und Finanzplan gegliederten Wirtschaftsplan auf, über den der Senat beschließt. Der Senat entlastet die Hochschulleitung hinsichtlich des Körperschaftshaushalts.</p>

Beteiligungen

Gemäß § 50 Abs. 4 NHG kann sich die Universität mit ihrem Körperschaftsvermögen im Rahmen ihrer Aufgaben, insbesondere zur Förderung des Wissenschafts- und Technologietransfers, an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des privaten Rechts beteiligen oder solche Unternehmen gründen.

HörTech gGmbH, Oldenburg

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung und die Gewinnung neuer Methoden und Erkenntnisse durch den Betrieb eines Kompetenzzentrums für Hörgeräte-Systemtechnik, in welchem die am Prozess der Forschung und Entwicklung beteiligten Unternehmen/Institutionen der Privatwirtschaft sowie Universitäten und Forschungsinstitute Projekte zur (Weiter-) Entwicklung von Hörgeräte-Systemtechnik sowie assoziierter Produkte alleine oder gemeinschaftlich in vorwettbewerblicher Kooperation realisieren können. An dem Stammkapital von EUR 25.000,00 ist die Universität Oldenburg mit 51 % beteiligt. Weiterer Gesellschafter ist die Hörzentrum Oldenburg GmbH, Oldenburg.

TGO Technologie- und Gründerzentrum Oldenburg GmbH, Oldenburg

Die TGO ist geschäftsführende Gesellschafterin der TGO Besitz GmbH & Co. KG. Bei der KG handelt es sich um eine Gesellschaft zur Förderung innovativer Gründungen und Gründungskultur in Oldenburg. Zu diesem Zweck betreibt sie die Bebauung, Verwaltung und Vermietung des Technologie- und Gründerzentrums Oldenburg. Am Stammkapital in Höhe von EUR 25.300,00 ist die Universität mit EUR 150,00 (= 0,6 %) beteiligt. Bei Erwerb der Beteiligung hat sie darüber hinaus ein Aufgeld in Höhe von EUR 4.850,00 geleistet.

ForWind GmbH, Oldenburg

Gegenstand des Unternehmens sind Tätigkeiten in den Bereichen erneuerbarer Energien, insbesondere der Windenergie und deren Einbindung in die Energieversorgung. Diese umfassen Forschung, Weiterbildung, industriennahe Entwicklungen und Dienstleistungen sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten. Die Universität Oldenburg ist mit 80 % am Stammkapital (EUR 25.000,00) beteiligt.

**Beteiligungen
(Fortsetzung)****Schlaues Haus Oldenburg gGmbH, Oldenburg**

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Diesen Zweck verwirklicht das Unternehmen insbesondere durch die Förderung des Wissens- und Technologietransfers und die Förderung kultureller Belange, indem durch die Unterrichtung der Öffentlichkeit Zugang zu wissenschaftlicher Information ermöglicht wird. Erreicht werden soll dieser Zweck insbesondere durch den Bau und die Nutzung des „Schlaues Haus Oldenburg“, in dem der aktuelle Stand von Wissenschaft und Forschung dargestellt, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und auch durch Veranstaltungen vermittelt wird. Das „Schlaues Haus Oldenburg“ soll die Partizipation der Öffentlichkeit an der inhaltlichen Ausgestaltung ermöglichen und die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit fördern. Die Universität Oldenburg ist mit 70 % am Stammkapital (EUR 300.000,00) beteiligt.

**Wittbülten – Das Umweltzentrum gGmbH,
Spiekeroog**

Ziel und Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Umweltbildungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung des Nationalparks Niedersächsisches Wattenmeer, bei dem der nachhaltige Umgang mit den Ressourcen am Beispiel der ostfriesischen Inselwelt im Mittelpunkt steht. Die Gesellschaft dient sowohl wissenschaftlichen als auch erzieherischen Zwecken. Die Universität Oldenburg ist seit 2010 mit EUR 6.000,00 (16 %) am Stammkapital (EUR 37.000,00) beteiligt.

Stiftung Universitätsmedizin Nordwest

Die Universität Oldenburg hat zusammen mit der Oldenburgische Landesbank AG, Oldenburg, die Stiftung Universitätsmedizin Nordwest, Oldenburg, errichtet. Trägerin der nicht-rechtsfähigen Stiftung ist der Verein der Freunde und Förderer der Universitätsmedizin Nordwest e.V., Oldenburg. Die beiden Stifterinnen sind mit jeweils EUR 1.000,00 (50 %) am Stiftungskapital (EUR 2.000,00) beteiligt. Zweck der Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, der Berufsbildung sowie des öffentlichen Gesundheitswesens, welches insbesondere durch die Beschaffung von Finanz- und Sachmitteln und die Durchführung eigener Veranstaltungen jeglicher Art zur Förderung der Universitätsmedizin an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg verwirklicht wird.

Anlage 3

Allgemeine Auftrags-
bedingungen

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.